



XXII° Europatag der Gemeinden und Regionen des RGRE : Posen, 14. bis 16. Mai 2003



Posen, 14. bis 16. Mai 2003 : Der erste Europatag in Mitteleuropa

14. Mai 2003, 15.15 Uhr in Posen : es sind mehr als 700 Vertreter von Städten und Regionen des gesamten europäischen Kontinents, die sich beim Erklängen der ersten Töne der Europa-Hymne erheben. Der Bürgermeister von Posen, Ryszard Grobelny, nimmt die Flagge des Europatages in Empfang. Hernach folgen mehrere Ansprachen von Vertretern der polnischen Behörden und der europäischen Institutionen :

DDr. Herwig Van Staa, Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas, Dr. Michael Häupl, Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien; Lord Tope, Vorsitzender der Fachkommission für konstitutionelle Fragen des Ausschusses der Regionen : der 22. Europatag des Rates der Gemeinden und Regionen wird erstmals in einem mitteleuropäischen Land eröffnet. Bis zum 16. Mai verfolgen ca. 750 Kongressteilnehmer Debatten über die Erweiterung, die Strukturfonds, die Integration der Zuwanderer und die Städtepartnerschaften.

Der Europatag schliesst ab mit der Verabschiedung der Resolution von Posen, in der die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften darlegen, wie sie sich das Europa von morgen vorstellen.

Anhand der folgenden Seiten kann der denkwürdige Besuch in Posen nachvollzogen werden.

Jeremy Smith
Generalsekretär des RGRE

Valery Giscard d'Estaing: « Der Konvent kommt nicht oft auf den europäischen Bürger zu sprechen! »

Der Präsident des Internationalen RGRE, Valéry Giscard d'Estaing, der durch eine Sitzung des Verfassungskonvents in Brüssel zurückgehalten war, hat über Kassette eine Ansprache an den Europatag gehalten.

« Bei den Konventsarbeiten – hat er eröffnet – kommt die Sprache nicht oft auf den europäischen Bürger! Über Institutionen und Organismen wird beraten, doch von den Bürgerinnen und Bürgern ist nur selten die Rede. Wichtig ist, dass Europa ihnen etwas mehr bringen kann als das Gelingen des europäischen Aufbaus. Der Konvent soll nicht lediglich Anlass sein, ein weiteres Kapitel in die Geschichtsbücher bzw. in das Verfassungsrecht hinzuzufügen. Er soll dazu dienen, dass die Probleme der Männer und Frauen auf positive und für sie zufriedenstellendere Weise gelöst werden können.»

Das angestrebte Gleichgewicht für die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften Europas

Weiterhin hat Valery Giscard d'Estaing die Frage angeschnitten, welche Rolle die

Gemeinden, Städte, Provinzen und Regionen im Europa von morgen spielen sollen : « Welche Aufgabe kommt ihnen bei der Vorbereitung und Ausarbeitung der Projekte der E.U. zu ? Wie können sie selbst europäische Texte und Gesetze anwenden, die sie zum grössten Teil direkt betreffen ? Es bedarf hauptsächlich einer besser organisierten Repräsentation und Konsultation und wesentlich kürzerer Kommunikationswege zwischen den Gebietskörperschaftsorganisationen – wie der RGRE – und den europäischen Institutionen in ihrer Gesamtheit.»

Nach Auffassung von Valery Giscard d'Estaing ist es erforderlich, ein Gleichgewicht zwischen Governance und Bürgernähe zu finden: « (Die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften) müssen einerseits an der globalen Governance mitwirken, dürfen jedoch nicht auf die Bürgernähe verzichten. Darin besteht für sie die Schwierigkeit. Denn wenn sie zu sehr in die Governance eingebunden sind wenden sie sich vom Bürger ab; und wenn sie nur in Bürgernähe agieren

beteiligen sie sich nicht an den Entscheidungen der Union. Hier muss ein Gleichgewicht angestrebt werden. Und ich denke, der RGRE wird zu diesem Thema viel zu sagen haben.»



Welche Zukunft für die Kohäsionspolitik ?

Unter dem Vorsitz des französischen Senators Louis Le Pensec, Vizepräsident des Internationalen RGRE, hat das Workshop zum Thema Kohäsionspolitik mit einem massiven "NEIN" zur Frage der Rücknationalisierung und einem Appell zur stärkeren Einbindung der lokalen Gebietskörperschaften abgeschlossen.



"NEIN" zur Frage der Rücknationalisierung.

Mehr als zweihundert Teilnehmer waren versammelt, um die Vertreterin der Europäischen Kommission, Gabrielle Hernandez Martin, anzuhören, die für eine direkte Einwirkung der lokalen Gebietskörperschaften bei gewissen Programmen plädierte: « Wir könnten vorsehen, gewisse Programme von Städten verwalten zu lassen, da sich die kommunalen Strukturen in allen Mitgliedstaaten doch sehr ähneln. Wir könnten die Rolle der lokalen

Gebietskörperschaften bei Zielgruppe 1 und 2 der Strukturfonds verstärken ». Auch fügte sie hinzu, dass die Kohäsionspolitik fortan den Schwerpunkt auf die Umweltfragen, den Ausbau der Infrastrukturen in den beitragswilligen Ländern und auf die Ausbildung der Kapazität der lokalen Gebietskörperschaften zur Verwaltung der Strukturfonds legen müsste.

Mehrere Referenten aus Mitgliedsländern der E.U. brachten ihre Befürchtungen zum Ausdruck, gewisse Regionen der Zielgruppe 1 könnten nach Beitritt der neuen Mitglieder aus rein statistischen Gründen aus der Zielgruppe ausscheiden. Jan Olbrycht, Mitglied des Regionalparlaments Schlesien, hat darauf eindeutig geantwortet : « Die Lösung des Problems ist in einem freien und offenen Dialog zwischen den jetzigen und künftigen Regionen der Zielgruppe 1 zu finden, zu dem Zweck, eine gemeinsame Front zu bilden. Eine Rivalität zwischen den Regionen oder Städten hätte nur die Stärkung der nationalen Ebene zur Folge ».

Ein Konsens bildete sich heraus, um die Stadtpolitik in die Regionalpolitik einzubetten, die lokalen Gebietskörperschaften verstärkt in die Ausarbeitung und Umsetzung der Kohäsionspolitik einzubinden und das Konzept der territorialen Kohäsion im Vertrag zu verankern.

Der "letzte" Appell der Städte und Regionen an den Konvent

« In straffer Form und sinnvoll ». So beurteilt der Erste Vizepräsident des Internationalen RGRE, Dr. Heinrich Hoffschulte, den Appell der RGRE an den Konvent zur Zukunft Europas.

« Es hat einer internen Verhandlung bedurft, sowohl vor dem Europatag als auch in dessen Verlauf », erläutert Dr. Heinrich Hoffschulte, "doch es ist uns gelungen, uns auf einen Text zu einigen, der alle zufriedenstellt. Darin bringen wir unsere Überzeugung zum Ausdruck, wonach das demokratische Leben der Union voraussetzt, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der künftigen europäischen Verfassung voll anerkannt werden und dass in letzterer die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips gegenüber den regionalen und lokalen Verwaltungsebenen ausdrücklich verankert wird. ».

Eine weitere Forderung des Internationalen RGRE in diesem Appell geht darauf hinaus, die Pflicht zur Konsultation der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften ausdrücklich in der Verfassung festzuschreiben und in dieser gleichfalls einen Hinweis auf die lokale und regionale Selbstverwaltung, sowie auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Städtepartnerschaften einzufügen.

Tagung des Hauptausschusses : Innsbruck, Makedonien und Serbien

Die Tagung des Hauptausschusses ging der Eröffnungssitzung des Europatages voraus. Den Vorsitz hatte der Erste Vizepräsident des Internationalen RGRE, Dr. Heinrich Hoffschulte. Mehrere Beschlüsse von entscheidender Bedeutung wurden dabei getroffen.

Der Austragungsort für den nächsten Europatag im Jahr 2006 musste festgelegt werden. Vier Städte hatten sich beworben und anhand eines ausgezeichneten Materials vorgestellt (Aarhus, Turin, Innsbruck et Malmö) ; die Mehrzahl der Hauptausschussmitglieder gaben der österreichischen Bewerbung ihre Stimme. Somit wird der nächste Europatag des RGRE in drei Jahren in Innsbruck veranstaltet.

Weiterhin wurde vom Hauptausschuss einstimmig der Verband der autonomen lokalen Körperschaften Makedoniens als neues Mitglied im RGRE akzeptiert ; der Konferenz der Städte und Gemeinden Serbiens wurde



Jeremy Smith, Heinrich Hoffschulte, Ryszard Grobelny

der Status des assoziierten Mitglieds zugesprochen.

Auch wurden von den Hauptausschussmitgliedern zwei der im Rahmen des Europatages zu verabschiedenden Unterlagen erörtert : die Schlussresolution (Resolution von Posen) über die Rolle der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften im Europa von morgen, und der Appell mit gleicher inhaltlicher Ausrichtung, an den Konvent zur Zukunft Europas.

Sondersitzung zum Thema "Städtepartnerschaften" : Überlegungen über die Rolle der Städtepartnerschaften im XXI° Jahrhundert

In den letzten fünfzehn Jahren haben sich die Städtepartnerschaften weiterentwickelt und ihr Aktionsbereich hat sich ausgeweitet. Die Bilanz ist insgesamt positiv, doch welche Rolle und welche Aufgabe kommen den Städtepartnerschaften heute und morgen zu? Dies war das Thema der Sondersitzung am 15. Mai in Posen.

« Zum Auftakt des XXI° Jahrhunderts und im Vorfeld der Erweiterung Europas verfolgen die Städtepartnerschaften weiterhin ihr grundlegendes Ziel : die Zusammenführung der Bevölkerungen.». Dies wurde erklärt vom Vorsitzenden der Sondertagung und Bürgermeister von Karlstadt, Anders Knappe.

Der Vertreter der Generaldirektion "Bildung und Kultur", Direktor Joao Vale de Almeida, hat

dies in seinen Ausführungen ebenfalls bekräftigt : « die Projekte der Städtepartnerschaften sind Bestandteil des Europas der Bürger. Durch dieses Instrument können stärkere Bande zwischen den Nationen geknüpft werden ; es trägt in hohem Masse zur Bildung der Identität des neuen Europas bei. Das grundlegende Prinzip der Zusammenarbeit im Rahmen der Städtepartnerschaften ist die Zusammenführung der Bevölkerungen, damit sie sich besser kennen und verstehen lernen ».

Im Verlauf dieser Sitzung hatten die zahlreichen Vertreter der lokalen Gebietskörperschaften vor allem die Möglichkeit, ihre Verwirklichungen auf dem Gebiet der Städtepartnerschaften zur Schau zu stellen, um ihre Erfahrungen mit ausländischen Amtskollegen zu teilen. Bei mehreren der hervorgehobenen Beispiele waren Partner aus den Balkanländern eingebunden, wodurch die Bedeutung der Städtepartnerschaften für den Wiederaufbau

und die Demokratisierung dieser Länder deutlich wurde. So hat die Stadt Düren beispielsweise ein Programm zur Förderung von nahezu zweihundert bosnischen Flüchtlingen eingerichtet. Die Initiative zielte darauf ab, den Flüchtlingen dabei behilflich zu sein, in ihren Heimatort Gradacac zurückzukehren.

Die Teilnehmer haben insbesondere auf die Nützlichkeit der Städtepartnerschaften heute und morgen hingewiesen. Heute ermöglichen es die Partnerschaften zwischen Städten aus E.U.-Mitgliedstaaten und Kandidatenländern, die lokalen Gebietskörperschaften besser auf die Erweiterung vorzubereiten, durch die Zusammenführung der derzeitigen und zukünftigen Unionsbürger ; morgen, in einem Europa zu 25 und mehr, tragen die Partnerschaften mit Städten europäischer Nichtmitgliedstaaten der E.U. dazu bei, die Errichtung einer neuen Mauer, weiter östlich, zwischen der Europäischen Union und ihren Nachbarn zu verhindern.

"Goldene Sterne" über Posen

Im Anschluss an die Sondersitzung zum Thema "Städtepartnerschaften" fand die feierliche Verleihung der "goldenen Sterne" statt. Dieser Preis wird von der Generaldirektion "Bildung und Kultur" der Europäischen Kommission zur Auszeichnung der besten Verwirklichungen auf dem Gebiet der Städtepartnerschaften verliehen.



Seit 1993 werden die "goldenen Sterne" alljährlich verliehen. In Posen wurden zehn lokale Gebietskörperschaften für ihre städtepartnerschaftlichen Initiativen mit dem Preis geehrt. Die Sieger wurden von einer internationalen Jury auf der Grundlage mehrerer Beurteilungskriterien, wie der pädagogische Wert des Partnerschaftsprojektes, seine Sichtbarkeit, die aktive Mitwirkung der Bevölkerung oder die erzielten konkreten Ergebnisse, auserwählt.

Preisträger sind :

Bradford (Grossbritannien) aufgrund der gemeinsam mit der Stadt Hamm (Bundesrepublik Deutschland) gestarteten Initiative im Rahmen der Europäischen Jahres der Behinderten.

Bremen (Bundesrepublik Deutschland) aufgrund seiner dreitägigen, in Danzig veranstalteten Konferenz zum Thema "Europa und die Jugend".

Cormons (Italien), aufgrund der Veranstaltung einer Konferenz über musikalische Traditionen gemeinsam mit sechs ausländischen Städten.

Keszthely (Ungarn) hatte vier europäische Städte zu einer viertägigen Konferenz zum Thema "die Zukunft Europas" eingeladen.

Nürnberg (Bundesrepublik Deutschland), hatte einen Austausch zwischen zwei Grundschulen mit der Stadt Prag veranstaltet.

Pouzauges (Frankreich) hatte 53 rumänische Partner zu einem Treffen mit den Einwohnern der Stadt eingeladen.

Riga (Lettland), hatte eine internationale Konferenz über "die Stadt der Zukunft" abgehalten.

Samuel (Portugal) aufgrund der Debatte zum Erfahrungsaustausch mehrerer Städte auf dem Gebiet der Zuwanderung.

Santa Maria da Feira (Portugal) aufgrund seiner Partnerschaft mit der Stadt Targovishte in Bulgarien.

Die Grafschaft Szolnok (Ungarn), nach Veranstaltung eines Seminars zur Schulung von 39 Städten in Verwaltungsfragen auf dem Gebiet der europäischen Städtepartnerschaften.

Erweiterung, Zuwanderung, Umwelt, Bildung

Der Europatag in Posen hat ausserdem Anlass gegeben, Ansichten zu einer Themenskala - von der Erweiterung bis hin zur e-governance -gegenüberzustellen.

Die Sitzung zum Thema **Erweiterung** am 16. Mai hat Einmütigkeit herbeigeführt : die Erweiterung wird sich auf das Leben sämtlicher lokaler und regionaler Gebietskörperschaften auswirken und eine Neubemessung der Strukturfonds zur Folge haben. Neue Kriterien werden in Erscheinung treten und die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Regionen könnte zu einem neuen Bemessungsfaktor für die Zuweisung der Finanzmittel werden. Auch war man sich einig über die Zweckmässigkeit einer Zusammenarbeit zwischen sämtlichen Verantwortungsträgern (RGRE, Ausschuss der Regionen, Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss, usw.), um die Erweiterung zu vereinfachen.

Die Teilnehmer des Workshops **Nachhaltige Entwicklung**, das am gleichen Tag stattfand, haben erneut auf die Bedeutung der städtischen Dimension hingewiesen, selbst wenn diese oft zu kurz kommt. Es kam zu mehreren Aufrufen, insbesondere um alle Regierungsebenen und alle Akteure anzuregen, gemeinsam auf die Schaffung von Instrumenten hinzuarbeiten, die es ermöglichen, die Kosten des Umweltschutzes zu veranschlagen.

Das Workshop **Öffentlicher Verkehr** fand ebenfalls am 16. Mai statt. Den Vorsitz hatte der Bürgermeister von La Roche sur Yon und Vorsitzende des Verkehrsausschusses der RGRE, Jacques Auxiette.

« Der Titel der Bestimmungen der Europäischen Kommission erwähnt die Pflichten des öffentlichen Dienstes, erklärte Jacques Auxiette. Das bedeutet sehr wohl, dass die Regeln des freien Marktes nicht ausreichen, um die nachhaltige Mobilität zu gewährleisten.». Mehrere Teilnehmer sprachen sich gegen den Vorschlag der Kommission aus, Ausschreibungen für alle Dienstleistungen des öffentlichen Verkehrs im regionalen und ört-



lichen Rahmen zur Auflage zu machen. Zahlreiche Städte und Regionen gehen davon aus, dass sie besser in der Lage sind als die Kommission, alle Aspekte im Zusammenhang mit dem öffentlichen Verkehr in angemessener Weise zu verwalten.

Das Workshop zum Thema **Zuwanderung** tagte bei vollem Saal, am 15. Mai. Ruth Bagnall, Berichterstatterin des Ausschusses der Regionen zu diesem Thema erklärte, "die am schwersten zu überbrückende Hürde für die Zuwanderer sei die des Arbeitsmarktes. Ist diese Etappe gewonnen, wird die Integration leichter". Sie ist weiterhin der Ansicht, dass "die Zuwanderer und Flüchtlinge ihre Sprache, ihre Religion und Kultur beibehalten wollen, aber gleichzeitig die Sprache und Kultur ihres Gastlandes erlernen möchten. Es muss ihnen geholfen werden, beides zu bewältigen, damit die Integration gelingt." Die meisten Teilnehmer haben auch geäußert, dass die europäische Bevölkerung altert; indem Europa junge Einwanderer aufnimmt kann es seine Solidarität beweisen und gleichzeitig seine eigene Zukunft im Auge haben.

Parallel dazu tagte am 15. Mai ein Workshop **EMAS** (Eco-Management and Audit Scheme). EMAS bietet den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften ein strukturiertes Verfahren zur besseren Verwaltung der Umweltschutzfragen. Ziel war es, den zukünftigen Mitgliedstaaten der E.U. EMAS vorzustellen

Das Workshop **Bildung und lokale Gebietskörperschaften im XXI^e Jahrhundert** hat den Bedarf nach besserer Harmonisierung der Bildungsniveaus in Europa unterstrichen, insbesondere durch ein-

heitliche Diplome und eine bessere Zusammenarbeit aller Verwaltungsebenen, Schulen und sonstiger Lehranstalten. Ein Aufruf erging zur Schaffung eines besseren Verhältnisses zwischen den Vorschulen und Schulen, zur Gleichstellung der Zuwanderer und verstärkter Ausbildung der Erwachsenen.

Redakteur :
Patrizio Fiorilli

Fotos :
**Pressedienst Posen,
Thierry Monasse**

Graphik und Druck :
www.studiogoffin.be

Rat der Gemeinden und Regionen
Europas

**Rue d'Arlon, 22
B - 1050 Bruxelles
Tél : + 32 2 511 74 77
Fax : + 32.2.511.09.49
cemr@ccre.org
www.ccre.org**

"Thanks to the European
Commission for its financial
support"

Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas schliesst 50 Verbände lokaler und regionaler Gebietskörperschaften in mehr als 30 europäischen Ländern zusammen. Zu seinen Zielsetzungen gehört die Förderung der kommunalen und regionalen Selbstverwaltung, die Mitwirkung der Städte und Regionen bei der Ausarbeitung der gemeinschaftlichen Gesetzeswerke und der Erfahrungsaustausch zwischen lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in Europa und weltweit.